BESCHLÜSSE

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2020/715 DER KOMMISSION

vom 25. Mai 2020

über den Rechnungsabschluss der Zahlstellen der Mitgliedstaaten für die vom Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) im Haushaltsjahr 2019 finanzierten Ausgaben

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2020) 3260)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates ([1]), insbesondere auf Artikel 51,

nach Anhörung des Ausschusses für die Agrarfonds,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 führt die Kommission den Rechnungsabschluss der in Artikel 7 derselben Verordnung genannten Zahlstellen vor dem 31. Mai des Jahres, das auf das betreffende Haushaltsjahr folgt, durch und stützt sich dabei auf Jahresrechnungen, welche die Mitgliedstaaten mit den für ihren Abschluss notwendigen Auskünften, einer Stellungnahme zur Vollständigkeit, Genauigkeit und Richtigkeit der übermittelten Rechnungen und den Berichten der zuständigen bescheinigenden Stellen vorlegen.

(2) Gemäß Artikel 39 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 beginnt das Haushaltsjahr am 16. Oktober des Jahres „N-1“ und endet am 15. Oktober des Jahres „N“. Die von den Mitgliedstaaten im Zeitraum vom 16. Oktober 2018 bis zum 15. Oktober 2019 getätigten Ausgaben sollten im Rahmen des Rechnungsabschlusses für das Haushaltsjahr 2019 berücksichtigt werden, wie in Artikel 11 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission ([2]) vorgesehen.

(3) Gemäß Artikel 33 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 werden zur Bestimmung der Beträge, die aufgrund des in Artikel 33 Absatz 1 derselben Verordnung genannten Rechnungsabschlussbeschlusses von den Mitgliedstaaten wiedereinzuziehen bzw. ihnen zu erstatten sind, die in dem betreffenden Haushaltsjahr geleisteten monatlichen Zahlungen von den für das betreffende Jahr gemäß Artikel 33 Absatz 1 anerkannten Ausgaben abgezogen. Die Kommission kürzt bzw. erhöht die monatliche Zahlung für die im zweiten Monat nach dem Rechnungsabschlussbeschluss getätigten Ausgaben um den so ermittelten Betrag.

(4) Die Kommission hat die Überprüfung der von den Mitgliedstaaten übermittelten Unterlagen abgeschlossen und den Mitgliedstaaten die Überprüfungsergebnisse unter Angabe notwendiger Änderungen mitgeteilt.

(5) Die Kommission kann anhand der Jahresrechnungen und der beigefügten Unterlagen einen Beschluss über die Vollständigkeit, Genauigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnungen aller Zahlstellen fassen.

(6) Gemäß Artikel 5 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission ([3]) werden etwaige Fristüberschreitungen in den Monaten August, September und Oktober im Rahmen des Rechnungsabschlussbeschlusses berücksichtigt. Einige der von bestimmten Mitgliedstaaten in den genannten Monaten des Jahres 2019 gemeldeten Ausgaben sind nicht fristgerecht getätigt worden. Mit dem vorliegenden Beschluss sind daher die entsprechenden Kürzungen festzusetzen.

([1]) ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549.

([2]) Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission vom 6. August 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Mittelverwaltung, des Rechnungsabschlusses und der Bestimmungen für Kontrollen, Sicherheiten und Transparenz (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 59).

([3]) Delegierte Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die finanzielle Verwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 18).

(7) Gemäß Artikel 41 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 hat die Kommission bereits eine Reihe monatlicher Zahlungen für das Haushaltsjahr 2019 aufgrund der Überschreitung von Obergrenzen, der Nichteinhaltung von Zahlungsfristen oder von Mängeln im Kontrollsystem gekürzt oder ausgesetzt. Im vorliegenden Beschluss sollte die Kommission die gekürzten oder ausgesetzten Beträge berücksichtigen, um unangebrachte oder verfrühte Zahlungen sowie Erstattungen, die in der Folge Gegenstand finanzieller Berichtigungen sein könnten, zu vermeiden. Die betreffenden Beträge können gegebenenfalls im Rahmen des Konformitätsabschlussverfahrens gemäß Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 weiter geprüft werden.

(8) Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 werden bei Unregelmäßigkeiten die finanziellen Folgen einer Nichtwiedereinziehung zu 50 % von dem betreffenden Mitgliedstaat getragen, wenn die Wiedereinziehung nicht innerhalb einer Frist von vier Jahren ab dem Zeitpunkt der Wiedereinziehungsaufforderung erfolgt ist, bzw. innerhalb einer Frist von acht Jahren, wenn die Wiedereinziehung Gegenstand eines Verfahrens vor den nationalen Gerichten ist. Gemäß Artikel 54 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 fügen die Mitgliedstaaten den Jahresrechnungen, die sie der Kommission gemäß Artikel 29 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 vorlegen müssen, eine bescheinigte Tabelle über die gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 zu ihren Lasten gehenden Beträge bei. Die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 regelt im Einzelnen, wie die Mitgliedstaaten ihrer Pflicht zur Berichterstattung über die wiedereinzuziehenden Beträge nachzukommen haben. Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 enthält die Mustertabelle, die die Mitgliedstaaten zur Angabe der wiedereinzuziehenden Beträge zu übermitteln haben. Auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten ausgefüllten Tabellen entscheidet die Kommission über die finanziellen Folgen der Nichtwiedereinziehung bei den mehr als vier bzw. mehr als acht Jahre zurückliegenden Unregelmäßigkeiten.

(9) Gemäß Artikel 54 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 können die Mitgliedstaaten in ordnungsgemäß begründeten Fällen beschließen, die Wiedereinziehung nicht weiterzuverfolgen. Dieser Beschluss kann jedoch nur gefasst werden, wenn die bereits aufgewendeten Kosten und die voraussichtlichen Wiedereinziehungskosten zusammen den wiedereinzuziehenden Betrag überschreiten oder wenn die Wiedereinziehung wegen nach dem nationalen Recht des betreffenden Mitgliedstaats festgestellter Insolvenz des Schuldners oder der für die Unregelmäßigkeit rechtlich verantwortlichen Personen unmöglich ist. Wird diese Entscheidung innerhalb einer Frist von vier Jahren ab der ersten amtlichen oder gerichtlichen Feststellung getroffen bzw. innerhalb einer Frist von acht Jahren, wenn die Wiedereinziehung Gegenstand eines Verfahrens vor den nationalen Gerichten ist, so sollten die finanziellen Folgen der Nichtwiedereinziehung zu 100 % vom Unionshaushalt getragen werden. In der zusammenfassenden Übersicht gemäß Artikel 54 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 in Verbindung mit Artikel 102 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c Ziffer iv der genannten Verordnung sind die Beträge aufgeführt, für die der betreffende Mitgliedstaat beschlossen hat, die Wiedereinziehung nicht fortzusetzen, sowie die Gründe für diesen Beschluss. Diese Beträge werden dem betreffenden Mitgliedstaat daher nicht angelastet und sind folglich vom Unionshaushalt zu tragen.

(10) In Anhang I (Spalte e) aufgeführte Kürzungen gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 betreffen den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL). Die Beträge, die den Mitgliedstaaten in Anwendung von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 in Bezug auf das aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) ([4]) finanzierte befristete Finanzinstrument zur Entwicklung des ländlichen Raums (TRDI) anzulasten sind, sind in Anhang II enthalten.

(11) Gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 sollte der vorliegende Beschluss späteren Beschlüssen der Kommission nicht vorgreifen, mit denen nicht in Übereinstimmung mit den Unionsvorschriften getätigte Ausgaben von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die Rechnungen der Zahlstellen der Mitgliedstaaten über die vom Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) im Haushaltsjahr 2019 finanzierten Ausgaben werden abgeschlossen.

Die gemäß diesem Beschluss von den Mitgliedstaaten wiedereinzuziehenden bzw. ihnen zu erstattenden Beträge, einschließlich der sich aus der Anwendung von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 ergebenden Beträge, sind in den Anhängen I und II dieses Beschlusses aufgeführt.

([4]) Verordnung (EG) Nr. 27/2004 der Kommission vom 5. Januar 2004 mit Übergangsvorschriften zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates hinsichtlich der Finanzierung der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums in der Tschechischen Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und der Slowakei durch den EAGFL, Abteilung Garantie (ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 36).

Artikel 2

Dieser Beschluss greift späteren Konformitätsabschlussbeschlüssen der Kommission gemäß Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 nicht vor, mit denen nicht in Übereinstimmung mit den Unionsvorschriften getätigte Ausgaben von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden.

Artikel 3

Dieser Beschluss ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 25. Mai 2020

Für die Kommission
Janusz WOJCIECHOWSKI
Mitglied der Kommission

ANHANG I

ABSCHLUSS DER RECHNUNGEN DER ZAHLSTELLEN

HAUSHALTSJAHR 2019

Vom Mitgliedstaat wiedereinzuziehender bzw. ihm zu erstattender Betrag

MS		2019 – Ausgaben/zweckgebundene Einnahmen der Zahlstellen, deren Rechnungen		a + b insgesamt	Kürzungen und Aussetzungen für das gesamte Haushaltsjahr ([1])	Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 anzulastender Betrag	Summe einschließlich Kürzungen und Aussetzungen	An den Mitgliedstaat für das Haushaltsjahr geleistete Zahlungen	Vom Mitgliedstaat wiedereinzuziehender (–) bzw. ihm zu erstattender Betrag (+) ([2])
		abgeschlossen werden	abgetrennt werden						
		= in der Jahreserklärung gemeldete Ausgaben/zweckgebundene Einnahmen	= in den Monatsmeldungen insgesamt gemeldete Ausgaben/zweckgebundene Einnahmen						
		a	b	c=a+b	d	e	f=c+d+e	g	h=f–g
AT	EUR	703 966 737,95	0,00	703 966 737,95	–560 013,80	0,00	703 406 724,15	703 403 903,13	2 821,02
BE	EUR	550 009 050,96	0,00	550 009 050,96	0,00	–16 750,13	549 992 300,83	550 202 650,44	–210 349,61
BG	BGN	0,00	0,00	0,00	0,00	–1 387,75	–1 387,75	0,00	–1 387,75
BG	EUR	799 089 404,74	0,00	799 089 404,74	–9 273,42	0,00	799 080 131,32	799 083 546,78	–3 415,46
CY	EUR	54 512 614,60	0,00	54 512 614,60	–1 098,70	–8 340,56	54 503 175,34	54 511 524,83	–8 349,49
CZ	CZK	0,00	0,00	0,00	0,00	–2 362,25	–2 362,25	0,00	–2 362,25
CZ	EUR	874 001 034,77	0,00	874 001 034,77	0,00	0,00	874 001 034,77	874 001 035,10	–0,33
DE	EUR	4 898 542 173,55	0,00	4 898 542 173,55	–14 841,47	–38 163,59	4 898 489 168,49	4 898 379 171,81	109 996,68
DK	DKK	0,00	0,00	0,00	0,00	–68 002,84	–68 002,84	0,00	–68 002,84
DK	EUR	832 217 756,71	0,00	832 217 756,71	0,00	0,00	832 217 756,71	832 146 704,57	71 052,14
EE	EUR	133 917 506,66	0,00	133 917 506,66	0,00	–1 405,60	133 916 101,06	133 912 353,58	3 747,48
ES	EUR	5 673 013 576,90	0,00	5 673 013 576,90	–8 340 572,36	–343 010,66	5 664 329 993,88	5 664 530 013,10	–200 019,22
FI	EUR	527 186 750,70	0,00	527 186 750,70	–12 201,75	–33 767,36	527 140 781,59	527 231 991,12	–91 209,53
FR	EUR	7 369 119 413,09	0,00	7 369 119 413,09	–19 469 385,70	–268 610,93	7 349 381 416,46	7 346 614 405,05	2 767 011,41
UK	GBP	0,00	0,00	0,00	0,00	–12 468,97	–12 468,97	0,00	–12 468,97
UK	EUR	3 209 238 643,58	0,00	3 209 238 643,58	–15 416 788,73	0,00	3 193 821 854,85	3 194 823 812,34	–1 001 957,49

		a	b	c=a+b	d	e	f=c+d+e	g	h=f–g
EL	EUR	1 911 346 204,25	0,00	1 911 346 204,25	–75 251,36	–844 817,29	1 910 426 135,60	1 911 270 952,89	–844 817,29
HR	HRK	0,00	0,00	0,00	0,00	–13 189,56	–13 189,56	0,00	–13 189,56
HR	EUR	286 512 040,98	0,00	286 512 040,98	–35 322,54	0,00	286 476 718,44	286 505 848,07	–29 129,63
HU	HUF	0,00	0,00	0,00	0,00	–27 162 925,00	–27 162 925,00	0,00	–27 162 925,00
HU	EUR	1 277 767 153,77	0,00	1 277 767 153,77	–2 120 600,36	0,00	1 275 646 553,41	1 275 742 003,22	–95 449,81
IE	EUR	1 194 327 007,55	0,00	1 194 327 007,55	–29 628,85	–24 034,05	1 194 273 344,65	1 193 276 729,51	996 615,14
IT	EUR	4 138 061 977,31	0,00	4 138 061 977,31	–33 531 548,73	–4 915 979,72	4 099 614 448,86	4 100 788 546,81	–1 174 097,95
LT	EUR	466 903 768,33	0,00	466 903 768,33	0,00	–2 426,15	466 901 342,18	466 903 768,33	–2 426,15
LU	EUR	33 252 999,03	0,00	33 252 999,03	0,00	0,00	33 252 999,03	33 183 121,26	69 877,77
LV	EUR	253 721 198,34	0,00	253 721 198,34	0,00	–1 576,85	253 719 621,49	253 721 198,34	–1 576,85
MT	EUR	5 679 142,30	0,00	5 679 142,30	–1 119,63	–315 100,13	5 362 922,54	5 702 837,75	–339 915,21
NL	EUR	701 147 752,79	0,00	701 147 752,79	–40 474,97	–2 647,67	701 104 630,15	701 365 582,90	–260 952,75
PL	PLN	0,00	0,00	0,00	0,00	–795 957,42	–795 957,42	0,00	–795 957,42
PL	EUR	3 363 316 204,66	0,00	3 363 316 204,66	0,00	0,00	3 363 316 204,66	3 363 353 062,60	–36 857,94
PT	EUR	763 736 847,84	0,00	763 736 847,84	–247 441,33	–306 398,99	763 183 007,52	762 343 600,52	839 407,00
RO	RON	0,00	0,00	0,00	0,00	–974 171,99	–974 171,99	0,00	–974 171,99
RO	EUR	1 847 891 384,57	0,00	1 847 891 384,57	–9 493 044,08	0,00	1 838 398 340,49	1 844 530 341,45	–6 132 000,96
SE	SEK	0,00	0,00	0,00	0,00	–9 866,16	–9 866,16	0,00	–9 866,16
SE	EUR	690 778 215,38	0,00	690 778 215,38	–274 029,79	0,00	690 504 185,59	690 557 292,64	–53 107,05
SI	EUR	141 618 537,51	0,00	141 618 537,51	0,00	0,00	141 618 537,51	141 615 579,48	2 958,03
SK	EUR	451 514 761,88	0,00	451 514 761,88	–188 214,37	–6 073,91	451 320 473,60	451 324 541,41	–4 067,81

MS		Ausgaben (3)	Zweckgebundene Einnahmen (3)	Artikel 54 Absatz 2 (=e)	Insgesamt (=h)
		05 07 01 06	6701	6702	
		i	j	k	l = i+j+k
AT	EUR	2 821,02	0,00	0,00	2 821,02
BE	EUR	0,00	–193 599,48	–16 750,13	–210 349,61
BG	BGN	0,00	0,00	–1 387,75	–1 387,75
BG	EUR	0,00	–3 415,46	0,00	–3 415,46
CY	EUR	0,00	–8,93	–8 340,56	–8 349,49
CZ	CZK	0,00	0,00	–2 362,25	–2 362,25
CZ	EUR	0,00	–0,33	0,00	–0,33
DE	EUR	148 160,27	0,00	–38 163,59	109 996,68
DK	DKK	0,00	0,00	–68 002,84	–68 002,84
DK	EUR	71 052,14	0,00	0,00	71 052,14
EE	EUR	5 153,08	0,00	–1 405,60	3 747,48
ES	EUR	330 952,38	–187 960,94	–343 010,66	–200 019,22
FI	EUR	0,00	–57 442,17	–33 767,36	–91 209,53
FR	EUR	3 340 929,12	–305 306,78	–268 610,93	2 767 011,41
UK	GBP	0,00	0,00	–12 468,97	–12 468,97
UK	EUR	0,00	–1 001 957,49	0,00	–1 001 957,49
EL	EUR	0,00	0,00	–844 817,29	–844 817,29
HR	HRK	0,00	0,00	–13 189,56	–13 189,56
HR	EUR	0,00	–29 129,63	0,00	–29 129,63
HU	HUF	0,00	0,00	–27 162 925,00	–27 162 925,00
HU	EUR	0,00	–95 449,81	0,00	–95 449,81
IE	EUR	1 020 649,19	0,00	–24 034,05	996 615,14
IT	EUR	3 741 881,77	0,00	–4 915 979,72	–1 174 097,95
LT	EUR	0,00	0,00	–2 426,15	–2 426,15
LU	EUR	69 877,77	0,00	0,00	69 877,77

		i	j	k	l = i+j+k
LV	EUR	0,00	0,00	–1 576,85	–1 576,85
MT	EUR	0,00	–24 815,08	–315 100,13	–339 915,21
NL	EUR	0,00	–258 305,08	–2 647,67	–260 952,75
PL	PLN	0,00	0,00	–795 957,42	–795 957,42
PL	EUR	0,00	–36 857,94	0,00	–36 857,94
PT	EUR	1 223 391,41	–77 585,42	–306 398,99	839 407,00
RO	RON	0,00	0,00	–974 171,99	–974 171,99
RO	EUR	0,00	–6 132 000,96	0,00	–6 132 000,96
SE	SEK	0,00	0,00	–9 866,16	–9 866,16
SE	EUR	0,00	–53 107,05	0,00	–53 107,05
SI	EUR	2 958,03	0,00	0,00	2 958,03
SK	EUR	2 006,10	0,00	–6 073,91	–4 067,81

([1]) Bei den Kürzungen und Aussetzungen handelt es sich um diejenigen, die im Zahlungssystem berücksichtigt wurden. Hinzu kommen insbesondere Berichtigungen aufgrund der Nichteinhaltung von Zahlungsfristen in den Monaten August, September und Oktober 2019 sowie andere Kürzungen im Rahmen von Artikel 41 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013.

([2]) Bei der Berechnung des vom Mitgliedstaat wiedereinzuziehenden oder an ihn zu zahlenden Betrags wird für die abgeschlossenen Rechnungen der Ausgabenbetrag der Jahreserklärung zugrunde gelegt (Spalte a). Bei den abgetrennten Rechnungen sind es die in den Monatsmeldungen insgesamt gemeldeten Ausgaben (Spalte b). Anwendbarer Wechselkurs: Artikel 11 Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014.

([3]) Die HL 05 07 01 06 wird gemäß Artikel 43 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 aufgeteilt in negative Berichtigungen, die zu zweckgebundenen Einnahmen unter der HL 67 01 werden, und in positive Berichtigungen zugunsten der MS, die nun auf der Ausgabenseite beim Posten 05 07 01 06 aufgeführt werden.

Anmerkung: Eingliederungsplan 2020: 05 07 01 06, 6701, 6702

ANHANG II

ABSCHLUSS DER RECHNUNGEN DER ZAHLSTELLEN

HAUSHALTSJAHR 2019 – EGFL

Berichtigungen gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 (*)

Mitgliedstaat	Währung	in Landeswährung	in EUR
AT	EUR		
BE	EUR		
BG	BGN		
CY	EUR	—	—
CZ	CZK	435 235,36	—
DE	EUR		
DK	DKK		
EE	EUR	—	—
ES	EUR		
FI	EUR		
FR	EUR		
UK	GBP		
EL	EUR		
HR	HRK		
HU	HUF	1 228 549,00	—
IE	EUR		
IT	EUR		
LT	EUR	—	35 266,50
LU	EUR		
LV	EUR	—	6 909,00
MT	EUR	—	—
NL	EUR		
PL	PLN	6 158 601,16	—
PT	EUR		
RO	RON		
SE	SEK		
SI	EUR	—	—
SK	EUR	—	80 222,21

(*) Nur die Berichtigungen im Zusammenhang mit dem TRDI werden in diesem Anhang mitgeteilt.